

AMTLICHE MITTEILUNGEN DER HOCHSCHULE BREMEN

Ausgabe 4/2023

Vom 24. Mai 2023

Inhalt:

Berufungsordnung der Hochschule Bremen

(S. 2)

**Ordnung zur Änderung der Zugangs- und Zulassungsordnung für die
konsekutiven Masterstudiengänge der Hochschule Bremen**

(S. 13)

Berufungsordnung der Hochschule Bremen

Vom 16. Mai 2023

Die Rektorin der Hochschule Bremen hat am 17. Mai 2023 gemäß § 110 Absatz 3 des Bremischen Hochschulgesetzes (BremHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Mai 2007 (Brem.GBl. S. 339), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. Februar 2023 (Brem.GBl. S. 68), die vom Akademischen Senat der Hochschule Bremen aufgrund von § 18 Absatz 4 und 5 BremHG am 16. Mai 2023 beschlossene Berufsungsordnung in der nachstehenden Fassung genehmigt.

Übersicht¹

I. Abschnitt Verfahren und Berufsungskommission

§ 1 Freigabevereinbarung

§ 2 Ausschreibung

§ 3 Berufsungskommission

§ 4 Berufsungsbeauftragte

§ 5 Konstituierung der Berufsungskommission

§ 6 Fristen

§ 7 Berufsungsverfahren

§ 8 Vorauswahl

§ 9 Anhörung / Probelehrveranstaltung

§ 10 Engere Wahl

§ 11 Gutachten

§ 12 Berufsungsvorschlag

§ 13 Berufsungsbericht

§ 14 Beschlussfassung in der Berufsungskommission

II. Abschnitt Wiederholung der Ausschreibung / Neuausschreibung

§ 15 Wiederholung der Ausschreibung / Neuausschreibung

III. Abschnitt Berufsungsvorschlag

§ 16 Beschlussfassung im Fakultäts- oder Abteilungsrat

§ 17 Beschlussfassung im Rektorat

§ 18 Zurückweisung des Berufsungsvorschlags

IV. Abschnitt Öffentlichkeit / Vertraulichkeit

§ 19 Öffentlichkeit

§ 20 Vertraulichkeit

V. Abschnitt Gemeinsames Berufsungsverfahren, Ausstattung

§ 21 Gemeinsames Berufsungsverfahren

§ 22 Ausstattung

VI. Abschnitt Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 23 Inkrafttreten

¹ Beim Abdruck des Dokuments in den Amtlichen Mitteilungen wurde auf Angabe der Seitenzahlen verzichtet.

I. Abschnitt Verfahren und Berufungskommission

§ 1

Freigabevereinbarung

(1) Für jede zu besetzende Stelle einer Hochschullehrerin oder eines Hochschullehrers wird zwischen der Rektorin oder dem Rektor und der Dekanin oder dem Dekan eine Freigabevereinbarung abgeschlossen. Diese enthält in der Regel u. a. Abstimmungen über die Denomination der Professur, deren Ausgestaltung und Ausstattung, etwaige besondere Maßnahmen zur Personalgewinnung, Festlegung des Besetzungsschlüssels der Berufungskommission gemäß § 3 Absatz 1, die Beteiligung Externer bzw. anderer Fakultäten oder Abteilungen an der Berufungskommission sowie Rahmenfestlegungen zum Verfahren für die Prüfung der außerfachlichen Eignung gemäß § 10 Absatz 2. In der Freigabevereinbarung werden ein Zeitplan für das Berufungsverfahren sowie Form und Zeitpunkte einer Berichterstattung festgelegt. Darüber hinaus können weitere Verabredungen insbesondere zur Berücksichtigung von Fragen der Gender- und / oder Familiengerechtigkeit getroffen werden.

(2) Die Freigabevereinbarung wird schriftlich festgehalten. Sie wird der Berufungskommission in der konstituierenden Sitzung durch die Dekanin oder den Dekan bekannt gegeben und erläutert.

§ 2

Ausschreibung

(1) Die Rektorin oder der Rektor entscheidet unter Beachtung der Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit der Senatorin für Wissenschaft und Häfen und dem Dekanat der fachlich zuständigen Fakultät nach Freigabe der Stelle durch das Rektorat unverzüglich über die Besetzung oder Wiederbesetzung der Stellen für Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer und schreibt sie nach Maßgabe der Festlegungen in der Freigabevereinbarung im Einvernehmen mit der Senatorin für Wissenschaft und Häfen überregional und nach Maßgabe der Bedeutung der Stelle gegebenenfalls auch international aus. Die Beschreibungen des Stellenprofils der Professur und des Anforderungsprofils der künftigen Stelleninhaberin oder des künftigen Stelleninhabers sind Teil der Ausschreibung.

(2) Bei einer Berufung auf eine erste Hochschullehrerinnen- oder Hochschullehrerstelle können sich die Rektorin oder der Rektor und die Senatorin für Wissenschaft und Häfen darauf verständigen, dass sie in einem Beamtenverhältnis auf Zeit oder in einem befristeten Angestelltenverhältnis erfolgt. In der Ausschreibung ist hierauf hinzuweisen.

(3) Die Rektorin oder der Rektor kann in den Fällen des § 18 Absatz 2 des Bremischen Hochschulgesetzes im Einvernehmen mit der Senatorin für Wissenschaft und Häfen von einer Ausschreibung absehen, unter anderem wenn eine Professorin oder ein Professor in einem Beamtenverhältnis auf Zeit oder einem befristeten Beschäftigungsverhältnis auf dieselbe Professur in ein Beamtenverhältnis auf Lebenszeit oder ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis berufen werden soll oder einem hauptamtlichen Mitglied des Rektorats eine Berufung auf eine Professur nach Beendigung seiner Amtszeit angeboten wird.

(4) Für die Berufung auf Vertretungs- und Gastprofessuren ist eine Ausschreibung nicht erforderlich.

§ 3

Berufungskommission

(1) Die für die Besetzung der Stelle fachlich zuständige Fakultät bzw. Abteilung bildet unverzüglich nach Abschluss der Freigabevereinbarung gemäß § 1 Absatz 1 eine Berufungskommission; dieser gehören an:

1. drei Mitglieder aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer,

2. ein Mitglied aus der Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (§ 5 Absatz 3 Nummer 2 BremHG),
3. ein Mitglied aus der Gruppe der Studierenden.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Technik und Verwaltung im Fakultäts- oder Abteilungsrat können ein Mitglied ihrer Gruppe mit beratender Stimme in die Berufungskommission entsenden. Nach Maßgabe der Freigabevereinbarung (§ 1) kann der Berufungskommission eine Berufungsbeauftragte oder ein Berufungsbeauftragter mit beratender Stimme angehören. Abweichend von Satz 1 kann die Berufungskommission nach Maßgabe der Freigabevereinbarung auch mit fünf Angehörigen der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, zwei Angehörigen der Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, zwei Studierenden und bis zu zwei Angehörigen der Gruppe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Technik und Verwaltung mit beratender Stimme besetzt werden, insbesondere bei Zuordnung einer Stelle zu mehreren Fakultäten oder Abteilungen, bei gemeinsamen Berufungsverfahren gemäß § 21 oder bei besonderer fachlicher Breite der Stelle.

(2) Die Berufungskommissionen sollen geschlechterparitätisch zusammengesetzt sein. In der Regel sind mindestens 40 % der stimmberechtigten Mitglieder Frauen, darunter mindestens eine Hochschullehrerin. In Verfahren, in denen dies möglich ist, sind in der Regel 50 % der stimmberechtigten Mitglieder Frauen.

(3) Die Mitglieder der Berufungskommission werden von den Vertreter_innen ihrer Gruppe im Fakultätsrat bzw. im Abteilungsrat gewählt. Für die Mitglieder jeder Statusgruppe soll mindestens eine allgemeine Stellvertretung gewählt werden. Eine als Stellvertretung bestimmte Person kann jeweils nur ein verhindertes Mitglied vertreten. Sind für ausscheidende stimmberechtigte Mitglieder der Berufungskommission keine Nachrücker_innen vorhanden, sind unverzüglich Nachwahlen durchzuführen. Die Berufungskommission entscheidet, ob das Verfahren an dem erreichten Stand fortgesetzt oder auf der Grundlage der vorliegenden Bewerbungen wiederholt wird.

(4) In der Regel sollen Hochschullehrer_innen aus anderen Fakultäten oder Abteilungen, anderen Hochschulen oder außeruniversitären Forschungseinrichtungen als stimmberechtigte Mitglieder oder als Mitwirkende mit beratender Stimme beteiligt werden; Absatz 3 Satz 1 gilt entsprechend. Der Fakultätsrat bzw. der Abteilungsrat kann beschließen, dass darüber hinaus eine fachlich einschlägig qualifizierte hochschulexterne Person als Sachverständige_r beratend hinzugezogen wird.

(5) Die Zentrale Frauenbeauftragte nach § 6 BremHG oder bei entsprechender Aufgabendelegation die Frauenbeauftragte der zuständigen Fakultät oder Abteilung ist berechtigt, an allen Sitzungen der Berufungskommission, auch deren nichtöffentlichen Teilen, teilzunehmen, und einzuladen. Die Zentrale Frauenbeauftragte ist berechtigt, die Dezentrale Frauenbeauftragte im Verhinderungsfall zu vertreten.

(6) Soll eine Stelle nach ihrer Aufgabenbeschreibung und entsprechend der Zuweisungsentscheidung gemäß § 15 BremHG der Abdeckung des Lehrangebots mehrerer Fakultäten oder Abteilungen dienen, bilden die betroffenen Bereiche gemeinsam eine Berufungskommission nach Maßgabe des jeweiligen Stellenanteils. Die Federführung liegt bei der Fakultät oder Abteilung, welcher die Stelle gemäß § 15 BremHG zugewiesen worden ist. Ist eine Stelle für den Aufgabenbereich einer sonstigen Organisationseinheit zu besetzen, ist die sonstige Organisationseinheit an der Berufungskommission angemessen, in der Regel entsprechend dem Umfang der Stellenzuordnung zu der sonstigen Organisationseinheit, zu beteiligen. Kommt eine Einigung zwischen den beteiligten Bereichen nicht zustande, entscheidet das Rektorat über den Umfang der Beteiligung.

§ 4

Berufungsbeauftragte

Das Rektorat kann zur Qualitätssicherung der Berufungsverfahren Berufungsbeauftragte benennen, die auf Beachtung der rechtlichen Verfahrensvorgaben und die Einhaltung der Leitziele der Hochschule, insbesondere das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit, hinwirken. Die Berufungsbeauftragten müssen auf

Grundlage eines einschlägigen Hochschulabschlusses über juristischen Sachverstand oder als Hochschullehrer_in über ausgewiesene Erfahrungen in Berufungsverfahren verfügen. Nach Maßgabe der Freigabevereinbarung (§ 1) können sie mit beratender Stimme an den Sitzungen der Berufungskommissionen teilnehmen oder den Vorsitz der Berufungskommissionen ohne Stimmrecht übernehmen. Die Berufungsbeauftragten informieren das Rektorat vor dessen Entscheidung über die Berufungsvorschläge.

§ 5

Konstituierung der Berufungskommission

(1) Unmittelbar nach Bildung der Berufungskommission lädt die Dekanin oder der Dekan die Mitglieder zur konstituierenden Sitzung ein.

(2) Die Berufungskommissionen wählen jeweils ein Mitglied der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer zur bzw. zum Vorsitzenden sowie zur bzw. zum stellvertretenden Vorsitzenden, soweit nicht der Vorsitz durch Berufungsbeauftragte gemäß § 4 wahrgenommen wird.

(3) Die Berufungskommission trifft in der konstituierenden Sitzung auf Basis der Freigabevereinbarung die Festlegungen zum Stellenprofil der Professur und zum Anforderungsprofil der künftigen Stelleninhaberin oder des künftigen Stelleninhabers als Grundlage des fachlichen Teils der Stellenausschreibung. Sie beschließt auf dieser Basis die Kriterien für die Auswahl der Bewerber_innen sowie das Verfahren zur Überprüfung der pädagogisch-didaktischen Eignung und der außerfachlichen Eignung.

(4) Die Berufungskommission führt ein Sitzungsprotokoll über die Beschlüsse und die sie tragenden Erwägungen.

§ 6

Fristen

Der Berufungsvorschlag soll dem Rektorat spätestens neun Monate nach Ablauf der Bewerbungsfrist vorgelegt werden. Das Rektorat entscheidet in der Regel innerhalb von sechs Wochen über den vorgelegten Berufungsvorschlag. Die Rektorin oder der Rektor erteilt den Ruf unverzüglich entsprechend der Entscheidung des Rektorats.

§ 7

Berufungsverfahren

Das Berufungsverfahren dient der Feststellung der fachlichen und wissenschaftlichen Qualifikation und der pädagogisch-didaktischen sowie der sonstigen für die nach § 4 BremHG zu erfüllenden Aufgaben erforderlichen außerfachlichen Eignung und Leistung der Bewerber_innen. Dabei sind Leistungen im Bereich der Lehre angemessen zu bewerten.

Das Berufungsverfahren besteht aus:

- a) Vorauswahl der Bewerber_innen ,
- b) Anhörung der Bewerber_innen,
- c) Durchführung einer Probelehrveranstaltung,
- d) Verfahren zur Feststellung der außerfachlichen Eignung und Leistung,
- e) Engere Wahl,
- f) Einholung der Gutachten,
- g) Aufstellen des Berufungsvorschlags.

Die Berufungskommission kann ergänzend zu Satz 3 c) die Durchführung eines wissenschaftlichen Fachvortrags, auch in einer Fremdsprache, festlegen. In Verfahren zur Besetzung einer Vertretungsprofessur kann von den Verfahrensschritten gemäß Satz 3 c) und d) abgesehen werden.

§ 8 Vorauswahl

(1) In der Vorauswahl hat die Berufungskommission die Aufgabe, anhand der Bewerbungsunterlagen unter den Bewerber_innen, welche die gesetzlich begründeten Einstellungs Voraussetzungen sowie die in der Ausschreibung bezeichneten zwingenden Qualifikationsvoraussetzungen erfüllen können, die am besten Geeigneten im Hinblick auf die im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens erstellte Profilbeschreibung auszuwählen.

(2) Nach Sichtung der Bewerbungsunterlagen überprüft die Berufungskommission eine mögliche Befangenheit ihrer Mitglieder in Bezug auf die vorliegenden Bewerbungen. Die Mitglieder der Berufungskommission und deren Stellvertretungen geben dazu schriftliche Erklärungen ab. Ergeben sich Hinweise auf eine mögliche Befangenheit, entscheidet die Berufungskommission ohne Beteiligung des betroffenen Mitglieds über dessen weitere Mitwirkung im Verfahren.

(3) Die Berufungskommission prüft und entscheidet anhand der Bewerbungsunterlagen und mit Hilfe des Kriterienkatalogs, welche Bewerber_innen die Komponenten des Anforderungsprofils in einem Maß erfüllen, das eine Einbeziehung in den nächsten Verfahrensschritt (Einladung zur Anhörung und Probelehrveranstaltung) rechtfertigt. Aus dem Verfahren ausgeschlossen werden Bewerbungen von Personen, welche die Erfüllung der gesetzlichen Einstellungs Voraussetzungen nicht nachgewiesen haben. Gleiches gilt für Personen, welche die von der von der Berufungskommission ergänzend als zwingend erforderlich festgelegten und in der Ausschreibung entsprechend dokumentierten Qualifikationen nicht nachgewiesen haben. Aus dem Protokoll müssen die Gründe für die Entscheidung, eine Bewerberin oder einen Bewerber nicht zur Anhörung einzuladen, ersichtlich sein.

(4) Bewerbungen von Schwerbehinderten bedürfen in jedem Verfahrensstand einer besonderen Erörterung mit der Schwerbehindertenvertretung. Eine Einladung von schwerbehinderten Menschen ist dann entbehrlich, wenn die Person offensichtlich fachlich nicht geeignet ist und hierüber Einvernehmen mit der Schwerbehindertenvertretung besteht. Werden Bewerber_innen mit Schwerbehinderung nicht zur Anhörung eingeladen, ist die Nichteinladung gegebenenfalls nach den gesetzlichen Bestimmungen gesondert zu begründen und mitzuteilen.

(5) Besteht bei der Beratung ein stimmberechtigtes Mitglied der Berufungskommission auf der Einladung einer Bewerberin oder eines Bewerbers oder verlangt die Frauenbeauftragte die Einladung einer Bewerberin, so ist diese bzw. dieser einzuladen, wenn dieses Verlangen im Hinblick auf die Auswahlkriterien begründet ist.

(6) Bei Vorliegen besonderer Gründe kann die Berufungskommission beschließen, dass abweichend von § 11 Absatz 1 die Gutachten bereits nach der Vorauswahl für die zur Anhörung einzuladenden Bewerber_innen eingeholt werden; § 11 gilt entsprechend.

§ 9 Anhörung/Probelehrveranstaltung

(1) Die Berufungskommission legt Form und Ablauf der Anhörung sowie Form und Thema einer Probelehrveranstaltung fest.

(2) Mit der Einladung wird den Bewerber_innen Form und Ablauf der Anhörung sowie Form und Thema der Probelehrveranstaltung und gegebenenfalls des wissenschaftlichen Fachvortrags mitgeteilt. Die Bewerber_innen werden aufgefordert, vor dem Termin zur Probelehrveranstaltung ein schriftliches Lehrposé (inhaltliche und didaktische Gestaltung der Probelehrveranstaltung) sowie ein schriftliches Lehrkonzept (Beschreibung der eigenen Lehrauffassung) vorzulegen. Die Berufungskommission kann ergänzend die Vorlage eines Forschungskonzepts verlangen.

(3) Bewerber_innen, die ohne Begründung nicht zum Anhörungstermin erscheinen oder das Lehrexposé und das Lehrkonzept sowie ein gefordertes Forschungskonzept nicht vorlegen, scheiden aus dem weiteren Verfahren aus. Bewerberinnen und Bewerbern, die aus von ihnen nicht zu vertretenden Gründen nicht zu dem Anhörungstermin erscheinen können, wird ein weiterer Anhörungstermin angeboten. Wird der weitere Anhörungstermin nicht wahrgenommen, kann die Berufungskommission einen dritten Anhörungstermin festsetzen, wenn das Nichterscheinen auf von den Bewerber_innen nicht zu vertretenden Gründen beruht und das Berufungsverfahren durch diesen zusätzlichen Anhörungstermin nicht verzögert wird.

(4) Die Probelehrveranstaltungen und gegebenenfalls die Fachvorträge sind unter für alle Bewerber_innen gleichwertigen Bedingungen anzubieten und durchzuführen (Vorbereitungszeit, Art der Lehrveranstaltung, Zielgruppe, Themenauswahl). Die Einladung zur Probelehrveranstaltung ist in der Fakultät öffentlich, soweit nicht eine Einwilligung dazu vorliegt, ohne Nennung der Namen der Bewerber_innen, bekanntzumachen.

(5) In besonders begründeten Ausnahmefällen ist die Teilnahme von Mitgliedern der Berufungskommission an den Probelehrveranstaltungen und / oder Anhörungen mittels Videokonferenz zulässig, wenn ihre persönliche Anwesenheit nicht gewährleistet werden kann. Absatz 4 Satz 1 gilt entsprechend. Eine Videokonferenz setzt das vorherige Einverständnis der Bewerber_innen sowie aller an der Veranstaltung bzw. der Anhörung teilnehmenden Personen voraus. Die datenschutzrechtlichen Belange der Teilnehmer_innen müssen gewahrt werden. Die Konferenz darf nicht aufgezeichnet werden; die handelnden Personen sind entsprechend vorab zu verpflichten. Der Zugang zum Veranstaltungsraum muss mit einem Hinweis auf die Videokonferenz gekennzeichnet werden.

(6) Nach Durchführung der Anhörungen entscheidet die Berufungskommission, ob weitere Bewerberinnen und Bewerber zur Anhörung eingeladen werden oder das Verfahren mit der engeren Wahl fortgesetzt wird.

§ 10 Engere Wahl

(1) Die Berufungskommission entscheidet nach einer zusammenfassenden Bewertung der Bewerber_innen anhand des Kriterienkatalogs auf Grundlage der Bewerbungsunterlagen, der Bewertung der Probelehrveranstaltung und gegebenenfalls des Fachvortrags einschließlich des Lehrexposés, des vorgelegten Lehr- und gegebenenfalls Forschungskonzepts, den Ergebnissen der Anhörung und, soweit bereits vorliegend, der Bewertung der außerfachlichen Kompetenzen, welche Bewerber_innen in die engere Wahl zu ziehen sind. § 8 Absatz 5 gilt entsprechend mit der Maßgabe, dass sich bei einer Zusammensetzung der Berufungskommission nach § 3 Absatz 1 Satz 1 zwei und bei einer Zusammensetzung nach § 3 Absatz 1 Satz 4 drei stimmberechtigte Mitglieder der Berufungskommission für die Einbeziehung in die engere Wahl oder die Frauenbeauftragte für die Einbeziehung einer Bewerberin in die engere Wahl aussprechen müssen. Die Entscheidung über die Nichteinbeziehung einer Bewerberin oder eines Bewerbers in die engere Wahl ist besonders zu begründen. § 8 Absatz 3 Satz 3 gilt entsprechend.

(2) Für alle in die engere Wahl einbezogenen Bewerber_innen ist nach Maßgabe der Freigabevereinbarung eine Bewertung ihrer außerfachlichen Eignung vorzunehmen. Hierbei kann die Berufungskommission professionellen externen Sachverständigen mit einbeziehen.

§ 11 Gutachten

(1) Für die Würdigung der fachlichen, wissenschaftlichen und pädagogisch-didaktischen Eignung und Leistung der in die engere Wahl gezogenen Bewerber_innen holt die Berufungskommission in der Regel zwei Gutachten auswärtiger Hochschullehrer_innen oder Sachverständiger des betreffenden Faches ein.

Die Gutachter_innen erstellen für die ausgewählten Personen auf der Grundlage des Anforderungsprofils vergleichende Gutachten einschließlich einer Rangfolge entsprechend der fachlichen, wissenschaftlichen und pädagogisch-didaktischen Eignung und Leistung. Die Berufungskommission kann anstelle der vergleichenden Gutachten für die in die engere Wahl einbezogenen Bewerber_innen jeweils ein Einzelgutachten einer auswärtigen Hochschullehrerin oder eines auswärtigen Hochschullehrers oder einer oder eines Sachverständigen des betreffenden Faches einholen.

(2) Die Berufungskommission setzt sich dafür ein, Frauen als Gutachterinnen zu gewinnen. Die Auswahl der Gutachterinnen und Gutachter muss so erfolgen, dass keine Zweifel an einer unbefangenen Begutachtung bestehen, zum Beispiel dürfen die Gutachten nicht von der Betreuerin oder dem Betreuer der Promotion, der Habilitation oder einer gleichwertigen wissenschaftlichen Arbeit der jeweils zu begutachtenden Bewerber_innen stammen.

(3) Kommt die Berufungskommission auf der Grundlage der Anhörungen und der fachlichen, wissenschaftlichen, pädagogisch-didaktischen und außerfachlichen Eignungsfeststellung sowie eines oder mehrerer Gutachten gemäß Absatz 1 im Hinblick auf zwei oder mehr Bewerber_innen zu der Feststellung, dass eine gleichwertige Qualifikation vorliegt, kann sie insoweit zusätzlich ein vergleichendes Gutachten einholen.

(4) In Verfahren, in denen eine Stelle lediglich für die Dauer von bis zu einem Jahr durch eine Vertretungs- bzw. Kurzzeitprofessur besetzt wird, genügt abweichend von den Regelungen in Absätzen 1 bis 3 die Einholung nur eines Gutachtens, das auch von einer Hochschullehrerin oder einem Hochschullehrer der Hochschule Bremen stammen kann.

(5) Aus Gutachten darf in öffentlichen Sitzungen nur mit Einverständnis der Verfasserin oder des Verfassers zitiert werden.

§ 12 Berufungsvorschlag

(1) Auf der Basis einer abschließenden Gesamtbewertung der einzelnen Bewerber_innen unter Berücksichtigung der schriftlichen Bewerbungsunterlagen, der Probelehrveranstaltung, gegebenenfalls des Fachvortrags, der Ergebnisse der Anhörungen, der Feststellungen zur außerfachlichen Eignung und der Ergebnisse der Gutachten erstellt die Berufungskommission einen Berufungsvorschlag, der drei Namen enthalten soll. In besonders begründeten Ausnahmefällen kann der Berufungsvorschlag weniger als drei Namen enthalten. Dies ist insbesondere der Fall, wenn trotz nachweislich intensiver Bemühungen oder aus besonderen fachlich begründeten Umständen keine ausreichende Zahl geeigneter Bewerberinnen und Bewerber gefunden werden konnte. Wird bei der Berufung von Gast- oder Vertretungsprofessor_innen ein Berufungsverfahren durchgeführt, kann von der Vorlage einer Dreierliste abgesehen werden. Soweit es der Bewerbungslage angemessen ist, sind nach Möglichkeit eine gleiche Zahl von Kandidatinnen und Kandidaten auf die Berufungsliste setzen. Die Auswahl nach Leistung, Eignung und Befähigung ist zu wahren. Mitglieder der Hochschule Bremen können nur berücksichtigt werden, wenn herausragende Leistungen in Lehre oder Forschung nachgewiesen sind, die Bestenauslese es erfordert oder ein Ruf von einer anderen Hochschule erteilt wurde.

(2) Der Berufungsvorschlag und die Platzierung sind auf Grundlage der Ausschreibung sowie der Auswahlkriterien unter eingehender Würdigung der fachlichen, wissenschaftlichen, pädagogischen und außerfachlichen Eignung unter angemessener Bewertung der Leistungen im Bereich der Lehre ausführlich zu begründen. Die fachliche, wissenschaftliche und pädagogisch-didaktische Qualifikation sowie die außerfachliche Eignung und Leistung der platzierten Bewerber_innen müssen im Vergleich dargestellt werden.

(3) Über den Berufungsvorschlag wird geheim abgestimmt.

(4) Ein vom Vorschlag der Mehrheit der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer abweichender Berufungsvorschlag der Mehrheit der Mitglieder der Berufungskommission ist als weiterer Vorschlag (Sondervotum) vorzulegen.

(5) Die Frauenbeauftragte hat das Recht zur Stellungnahme zum Berufungsvorschlag. Eine Stellungnahme ist zum Berufungsvorgang zu nehmen und dem Rektorat vorzulegen.

(6) Mitglieder der Berufungskommission, die bei der Entscheidung über den Berufungsvorschlag überstimmt worden sind, können der von der Kommission beschlossenen Vorschlagsliste ein Sondervotum zur Begründung eines anderen Berufungsvorschlags beifügen. Die einer Berufungskommission angehörenden Mitglieder der Gruppe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Technik und Verwaltung können eine Stellungnahme zu dem Berufungsvorschlag abgeben.

§ 13

Berufungsbericht

(1) Die Berufungskommission erstellt und beschließt einen Berufsungsbericht.

(2) Der Berufsungsbericht wird dem Fakultäts- bzw. Abteilungsrat zur Beschlussfassung vorgelegt. Sind mehrere Fakultäten oder Abteilungen bzw. eine besondere Organisationseinheit an der Bildung einer Berufungskommission beteiligt, so wird der Bericht den Fakultäts- bzw. Abteilungsräten und gegebenenfalls dem Leitungsgremium der besonderen Organisationseinheit vorgelegt.

§ 14

Beschlussfassung in der Berufungskommission

(1) Die Berufungskommission ist beschlussfähig, wenn die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde und die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder sowie die Mehrheit der ihr angehörenden Hochschullehrer_innen anwesend ist. Beschlüsse werden mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder gefasst. Die Beschlüsse über

- die Festlegungen zum Stellenprofil der Professur und zum Anforderungsprofil sowie den Kriterienkatalog (§ 5 Absatz 3),
- die Einbeziehung von Bewerber_innen in die Vorauswahl (§ 8 Absatz 3),
- die Einbeziehung von Bewerber_innen in die engere Wahl (§ 10 Absatz 1) sowie
- den Berufungsvorschlag (Aufnahme, Nichtaufnahme und Platzierung einer Bewerbung)

bedürfen zusätzlich der Mehrheit der Stimmen der der Berufungskommission angehörenden Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer. Kommt danach ein Beschluss auch in einer zweiten Abstimmung nicht zustande, so genügt für eine Entscheidung in der nächsten Sitzung der Berufungskommission die Mehrheit der ihr angehörenden Hochschullehrer_innen.

(2) Die Beschlussfassung der Berufungskommission kann hinsichtlich folgender Beschlussgegenstände im Umlaufverfahren erfolgen:

- Protokollgenehmigung,
- Stellungnahme zu Einwänden der senatorischen Behörde zum Entwurf der Stellenausschreibung,
- Bestellung der Gutachter_innen,
- Berufsungsbericht,
- etwaige Stellungnahmen gegenüber dem Rektorat (§ 17) sowie
- sonstige Beschlüsse in unaufschiebbaren Angelegenheiten (§ 26 der Grundordnung der Hochschule Bremen in Verbindung mit § 15 Absätze 1 bis 4 der Allgemeinen Geschäftsordnung der Hochschule Bremen zum Verfahren der Kollegialorgane).

(3) Im Übrigen gelten die allgemeinen Verfahrensregelungen für die Selbstverwaltungsgremien der Hochschule.

II. Abschnitt

Wiederholung der Ausschreibung / Neuausschreibung

§ 15

Wiederholung der Ausschreibung / Neuausschreibung

- (1) Stellt die Berufungskommission fest, dass aufgrund der vorliegenden Bewerbungen eine Besetzung der Stelle nicht möglich ist, kann die Rektorin oder der Rektor im Einvernehmen mit der Dekanin oder dem Dekan der Fakultät die Wiederholung der Stellenausschreibung oder eine Überprüfung der Stellenbeschreibung mit dem Ziel einer Neuausschreibung einleiten. Ist auch nach wiederholter Ausschreibung die Besetzung der Stelle nicht möglich, ist eine Überprüfung der Stellenbeschreibung durchzuführen.
- (2) Wird die Stellenausschreibung wiederholt, ist das Berufungsverfahren in der Regel von der bisherigen Berufungskommission durchzuführen.
- (3) Die Überprüfung der Stellenbeschreibung erfolgt entsprechend dem Verfahren der Erstellung einer Stellenbeschreibung. Für das gegebenenfalls anschließende Berufungsverfahren ist eine neue Berufungskommission zu bilden.
- (4) Sind mehrere Fakultäten oder Abteilungen bzw. eine besondere Organisationseinheit an der Bildung der Berufungskommission beteiligt, so haben diese sich über das Verfahren gemäß Absatz 1 zu einigen. Kommt eine Einigung nicht zustande, entscheidet das Rektorat.

III. Abschnitt Berufungsvorschlag

§ 16

Beschlussfassung im Fakultäts- oder Abteilungsrat

- (1) Der Fakultäts- bzw. Abteilungsrat entscheidet unverzüglich nach Vorlage des Berufungsberichts, ob er den Berufungsvorschlag der Berufungskommission annimmt. Für eine Beschlussfassung ist außer der Mehrheit auch eine Mehrheit der Mitglieder der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer erforderlich. Über den Berufungsvorschlag wird geheim abgestimmt. Liegt ein Sondervotum nach § 12 Absatz 4 vor, hört der Fakultäts- oder Abteilungsrat eine Vertreterin oder einen Vertreter des Votums vor der Beschlussfassung an.
- (2) Beabsichtigt der Fakultäts- bzw. Abteilungsrat, von der vorgeschlagenen Reihenfolge der Liste abzuweichen oder den Berufungsvorschlag insgesamt zurückzuweisen, so hat er zuvor der Berufungskommission unter Darlegung seiner Gründe Gelegenheit zu geben, innerhalb einer Frist von zwei Wochen eine Stellungnahme abzugeben. Für die Beschlussfassung gilt Absatz 1 Satz 2 entsprechend.
- (3) Liegen die Voraussetzungen von § 3 Absatz 6 vor, ist zwischen den gemäß § 13 Absatz 2 Satz 2 befassten Fakultäts- oder Abteilungsräten und gegebenenfalls dem Leitungsgremium der besonderen Organisationseinheit Einvernehmen herzustellen. Kommt danach eine Einigung zwischen den beteiligten Bereichen nicht zustande, so kann das Rektorat das Verfahren einer der beteiligten Fakultäten oder Abteilungen zuweisen oder das Verfahren abbrechen.

§ 17

Beschlussfassung im Rektorat

- (1) Der Fakultäts- oder Abteilungsrat legt seinen Beschluss über den Berufungsvorschlag mit dem Berufungsbericht dem Rektorat über das Personaldezernat zur Beschlussfassung und zur Erteilung des

Rufes vor. Weicht der Beschluss vom Vorschlag der Berufungskommission ab, so sind dem Berufungsvorschlag die Gründe für das abweichende Votum beizufügen.

(2) Übernimmt das Rektorat den vorgelegten Berufungsvorschlag, erteilt es den Ruf an die erstplatzierte Person. Das Rektorat kann von der Reihenfolge des Berufungsvorschlags abweichen, wenn es zuvor dem Fakultäts- bzw. dem Abteilungsrat Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben hat. Es kann gegenüber der Fakultät oder der Abteilung Bedenken äußern und Gelegenheit zur Stellungnahme innerhalb von vier Wochen geben, ein vergleichendes oder ergänzendes Gutachten einholen oder das Verfahren abbrechen und eine erneute Ausschreibung einleiten.

(3) Das Rektorat soll den Berufungsvorschlag an die Fakultät oder Abteilung zurückverweisen, wenn die Frauenbeauftragte eine Verletzung des Gleichberechtigungsauftrages nach § 4 Absatz 2 BremHG geltend macht. Die Rüge der Frauenbeauftragten nach Satz 1 ist in derselben Angelegenheit nur einmal zulässig.

§ 18

Zurückweisung des Berufungsvorschlags

Hat die Senatorin für Wissenschaft und Häfen den Berufungsvorschlag im Fall eines gemeinsamen Berufungsverfahrens nach § 20 BremHG an das Rektorat zurückgegeben und begründete Bedenken geltend gemacht, holt das Rektorat eine Stellungnahme der Fakultät bzw. der Abteilung ein. Verlangt die Senatorin für Wissenschaft und Häfen die Einholung von vergleichenden Gutachten und die erneute Vorlage eines Berufungsvorschlages unter Berücksichtigung der geltend gemachten Bedenken binnen einer angemessenen Frist, so verfährt das Rektorat in Abstimmung mit der Fakultät oder der Abteilung.

IV. Abschnitt

Öffentlichkeit/Vertraulichkeit

§ 19

Öffentlichkeit

Die Sitzungen der Berufungskommission sind nicht öffentlich. Die Probelehrveranstaltungen und Fachvorträge der Bewerberinnen und Bewerber mit den anschließenden Diskussionen sind hochschulöffentlich. Soweit eine Bewerberin oder ein Bewerber ausdrücklich um vertrauliche Behandlung der Bewerbung bittet, muss diese auch hinsichtlich der hochschulöffentlichen Verfahrensteile durch geeignete Maßnahmen gesichert werden.

§ 20

Vertraulichkeit

(1) Alle am Verfahren beteiligten Personen haben die Vertraulichkeit des Verfahrens und der Berufungsunterlagen zu wahren. Die Mitglieder der Berufungskommission werden durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden zur Verschwiegenheit verpflichtet. Das Kopieren, Speichern und Ausdrucken von Bewerbungs- und Verfahrensunterlagen bzw. entsprechenden Dokumenten und Auszügen ist nicht gestattet und darf nur in Ausnahmefällen nach Absprache mit dem Personaldezernat erfolgen.

(2) Nach Abschluss des Berufungsverfahrens haben die am Berufungsverfahren beteiligten Personen die Berufungsunterlagen bei der Geschäftsführung des jeweiligen Gremiums abzuliefern; die Geschäftsführung leitet die Unterlagen an die Personalverwaltung der Hochschule weiter.

V. Abschnitt Gemeinsames Berufungsverfahren, Ausstattung

§ 21

Gemeinsames Berufungsverfahren

- (1) Für gemeinsame Berufungsverfahren gemäß § 20 BremHG erfolgt die Bildung eines gemeinsamen Berufungsgremiums nach Maßgabe der zwischen der Forschungseinrichtung und der Hochschule abgeschlossenen Vereinbarung. Die Vereinbarung muss mindestens die Hälfte der Mandate des gemeinsamen Berufungsgremiums für die Besetzung durch die Hochschule vorsehen. § 3 gilt entsprechend.
- (2) Der vom gemeinsamen Berufungsgremium erarbeitete Berufungsvorschlag ist dem Rektorat und dem Leitungsorgan der Forschungseinrichtung zur Beschlussfassung sowie der zuständigen Fakultät bzw. Abteilung zur Stellungnahme gegenüber dem Rektorat vorzulegen. Die Stellungnahme des zuständigen Fakultäts- bzw. Abteilungsrates soll binnen zwei Wochen abgegeben werden.
- (3) Die Rektorin oder der Rektor wirkt auf eine übereinstimmende Beschlussfassung im Rektorat und im Leitungsorgan der Forschungseinrichtung hin. Haben beide Gremien übereinstimmend über den Berufungsvorschlag beschlossen, leitet die Rektorin oder der Rektor den Berufungsvorschlag mit einer etwaigen Stellungnahme der Frauenbeauftragten nach § 12 Absatz 5 an die Senatorin für Wissenschaft und Häfen weiter.
- (4) Im Übrigen gelten die Regelungen dieser Ordnung für das gemeinsame Berufungsverfahren entsprechend.

§ 22

Ausstattung

- (1) Berufsungsverhandlungen führt die Rektorin oder der Rektor, im Fall eines gemeinsamen Berufungsverfahrens nach § 20 BremHG gemeinschaftlich mit der Senatorin für Wissenschaft und Häfen. Die Entscheidung über Berufsungsbezüge trifft die Rektorin oder der Rektor nach Anhörung des Dekanats der betroffenen Fakultät.
- (2) Die Verhandlungen über die Ausstattung führt der Kanzler oder die Kanzlerin der Hochschule als Vertreter oder Vertreterin der Rektorin oder des Rektors im Einvernehmen mit der zuständigen Fakultät.
- (3) Zusagen über die Ausstattung des vorgesehenen Aufgabengebietes dürfen für höchstens fünf Jahre gegeben werden und stehen unter dem Vorbehalt, dass die längerfristige Entwicklungsplanung der Hochschule oder die Ziel- und Leistungsvereinbarung nach § 105a BremHG keine grundlegende Veränderung hinsichtlich des vorgesehenen Aufgabenbereichs vornimmt und ausreichende Haushaltsmittel vorhanden sind.

VI. Abschnitt Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 23

Inkrafttreten

Diese Ordnung tritt am Tag nach der Genehmigung durch die Rektorin in Kraft. Gleichzeitig tritt die Berufsungsordnung der Hochschule Bremen vom 31. Mai 2016 (Amtliche Mitteilungen der Hochschule Bremen 3/2016), zuletzt geändert durch Ordnung vom 26. Mai 2020 (Amtliche Mitteilungen der Hochschule Bremen 2/2020), außer Kraft. Zum Zeitpunkt des Inkrafttretens laufende Berufsungs-

verfahren werden auf der Grundlage der bisherigen Regelungen nach dem jeweiligen Verfahrensstand nach den Bestimmungen dieser Ordnung fortgeführt.

Genehmigt, Bremen, den 17. Mai 2023

Die Rektorin der Hochschule Bremen

Ordnung zur Änderung der Zugangs- und Zulassungsordnung für die konsekutiven Masterstudiengänge der Hochschule Bremen

Vom 16. Mai 2023

Die Rektorin der Hochschule Bremen hat am 17. Mai 2023 gemäß § 110 Absatz 3 des Bremischen Hochschulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Mai 2007 (Brem.GBl. S. 339), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. Februar 2023 (Brem.GBl. S. 68), die vom Akademischen Senat der Hochschule Bremen auf der Grundlage von § 33 Absatz 6 Satz 2 BremHG und § 3 Absatz 2 Nummer 6 des Bremischen Hochschulzulassungsgesetzes (BremHZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. November 2010 (Brem.GBl. S. 548), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 28. Februar 2023 (Brem.GBl. S. 68), beschlossene Änderung der Zugangs- und Zulassungsordnung für die konsekutiven Masterstudiengänge der Hochschule Bremen genehmigt.

Artikel 1

Die Zugangs- und Zulassungsordnung für die konsekutiven Masterstudiengänge der Hochschule Bremen vom 10. Dezember 2013 (Amtliche Mitteilungen der Hochschule Bremen 4/2013), die zuletzt durch Ordnung vom 25. Oktober 2022 (Amtliche Mitteilungen der Hochschule Bremen 5/2022) geändert wurde, wird wie folgt geändert:

Die Anlage „Fachspezifische Zugangs- und Zulassungsvoraussetzungen“ erhält die nachfolgende Fassung.

Artikel 2

Diese Änderungsordnung tritt am Tag nach der Genehmigung durch die Rektorin in Kraft.

Genehmigt, Bremen, den 17. Mai 2023

Die Rektorin der Hochschule Bremen

Anlage: Fachspezifische Zugangs- und Zulassungsvoraussetzungen

Fk./ Abt.	Masterstudiengang	Beginn	Zugangsvoraussetzungen, § 2 (Minstdurchschnittsnote von 2,5 (§ 2 Absatz 1) ^{1, 2, 2a} , Einschlägigkeit des Erststudiums (§ 2 Absatz 2))						Auswahlkriterien einschließlich Gewichtung, § 4					
			Umfang Erststu- dium, Abs. 1	Ergänzungen zur Einschlägigkeit des Erststudiums, Abs. 2	Fachinhalte Erststudium, Abs. 3 Nr. 1	Fremd- sprachen- kenntnisse, Abs. 3 Nr. 2	berufspraktische Tätigkeit, Abs. 3 Nr. 3	deutsche Sprach- kenntnisse, Abs. 4	Durch- schnittsnote Erststudium, Abs. 2, 3	Einschlägig- keit Erst- studium, Abs. 2	Fachinhalte Erststudium (Umfang, Qualität), Abs. 3 Nr. 1	Niveau Fremd- sprachen, Abs. 3 Nr. 2	berufsprak- tische Tätigkeit (Umfang, Qualität), Abs. 3 Nr. 3	Bewertung Auswahl- gespräch, Abs. 3 Nr. 5
1	Business Management M. A.	SoSe	210 ECTS	betriebswirtschaftliche Ausrichtung	-	Englisch B1	mindestens zwanzig- wöchige einschlägige berufliche Praxis, auch Praktikum (Praxis- semester, Praxisphase)	+	60 %	20 %	-	-	20 %	-
1	Sustainable Business & Entrepreneurship M. A.	SoSe	210 ECTS	betriebswirtschaftliche Ausrichtung	-	Englisch B2	mindestens zwanzig- wöchige einschlägige berufliche Praxis, auch Praktikum (Praxis- semester, Praxisphase)	+	60 %	20 %	-	-	20 %	-
2/A	Architektur / Environmental Design M. A.	WiSe	180 ECTS	³	Mindestnote von 3,0 in Abschlussarbeit des Erststudiums; bei mindestens neun- monatiger qualifi- zierter beruflicher Praxis ⁴ gilt die Abschlussarbeit um 0,3 besser bewertet.	-	mindestens zehnwöchige qualifizierte berufliche Praxis ⁴ , die bis zum Beginn der Masterthesis abgeleistet sein muss	+	60 % ⁵	-	-	-	-	-
2/B +U	Bauen und Umwelt (Infrastruktur) M. Sc.	SoSe	210 ECTS	Bauingenieurwesen wahlweise mit konstruktivem Schwerpunkt, Verkehrswesen oder Wasserbau, Infrastrukturmanage- ment, Bauwirtschaftsinge-	-	-	einschlägiges Ingenieurpraktikum von mindestens 12 Wochen Dauer oder gleichwertige Leistung, jeweils aus den Bereichen Bauingenieurwesen oder Umwelttechnik	+	60 %	30 %	-	-	10 %	-

Fk./ Abt.	Masterstudiengang	Beginn	Zugangsvoraussetzungen, § 2 (Minstdurchschnittsnote von 2,5 (§ 2 Absatz 1) ^{1, 2, 2a} , Einschlägigkeit des Erststudiums (§ 2 Absatz 2))					Auswahlkriterien einschließlich Gewichtung, § 4						
			Umfang Erststudium, Abs. 1	Ergänzungen zur Einschlägigkeit des Erststudiums, Abs. 2	Fachinhalte Erststudium, Abs. 3 Nr. 1	Fremd- sprachen- kenntnisse, Abs. 3 Nr. 2	berufspraktische Tätigkeit, Abs. 3 Nr. 3	deutsche Sprach- kenntnisse, Abs. 4	Durch- schnittsnote Erststudium, Abs. 2, 3	Einschlägig- keit Erst- studium, Abs. 2	Fachinhalte Erststudium (Umfang, Qualität), Abs. 3 Nr. 1	Niveau Fremd- sprachen, Abs. 3 Nr. 2	berufsprak- tische Tätigkeit (Umfang, Qualität), Abs. 3 Nr. 3	Bewertung Auswahl- gespräch, Abs. 3 Nr. 5
				nieurwesen; Umweltingenieurwesen, Ingenieurwesen mit Ausrichtung Biologie, Chemie										
2/B +U	Zukunftsfähige Energie- und Umweltsysteme M. Eng.	SoSe	210 ECTS	z. B. Umweltechnik, Verfahrenstechnik, Elektrotechnik, Energietechnik, Maschinenbau	-	-	-	+	60 %	30 %	-	-	10 %	
3	Interdisziplinäres Nachhaltigkeitsmanagem nt M. Sc.	SoSe	210 ECTS	Berufsqualifizierender Abschluss in einem naturwissenschaftlichen, wirtschaftswissenschaftlichen oder sozialwissenschaftlichen Studiengang	-	Englisch B1	-	+	60 %	40 %	-	-	-	-
3	Internationaler Studiengang nachhaltige Freizeit- und Tourismusentwicklung M. A.	SoSe/ WiSe	210 ECTS	Berufsqualifizierender Abschluss in den Fächern (angewandte) Freizeitwissenschaft, Tourismuswissenschaft/- management oder fachverwandten Studiengängen, die sich inhaltlich überwiegend mit diesen Themenbereichen beschäftigen	-	Englisch B1	mindestens zwanzig- wöchige Praxisphase in der Freizeit- oder Tourismusbranche oder in der Regionalentwicklung mit Tourismus	+	60 %	40%	-	-	-	-
3	Praxisforschung und Innovation in der Sozialen Arbeit M. A.	SoSe	210 ECTS	Berufsqualifizierender Abschluss in einem Studiengang der Sozialen Arbeit, Sozialpädagogik oder Sozialmanagement oder einem fachverwandten Studiengang, der sich in	-	-	Neun Monate Berufspraxis in einem Handlungsfeld der Sozialen Arbeit, hierzu zählt auch das Anerkennungsjahr zur staatlichen Anerkennung	+	60%	40%	-	-	-	-

Fk./ Abt.	Masterstudiengang	Beginn	Zugangsvoraussetzungen, § 2 (Minstdurchschnittsnote von 2,5 (§ 2 Absatz 1) ^{1,2,2a} , Einschlägigkeit des Erststudiums (§ 2 Absatz 2))						Auswahlkriterien einschließlich Gewichtung, § 4					
			Umfang Erststu- dium, Abs. 1	Ergänzungen zur Einschlägigkeit des Erststudiums, Abs. 2	Fachinhalte Erststudium, Abs. 3 Nr. 1	Fremd- sprachen- kenntnisse, Abs. 3 Nr. 2	berufspraktische Tätigkeit, Abs. 3 Nr. 3	deutsche Sprach- kenntnisse, Abs. 4	Durch- schnittsnote Erststudium, Abs. 2, 3	Einschlägig- keit Erst- studium, Abs. 2	Fachinhalte Erststudium (Umfang, Qualität), Abs. 3 Nr. 1	Niveau Fremd- sprachen, Abs. 3 Nr. 2	berufsprak- tische Tätigkeit (Umfang, Qualität), Abs. 3 Nr. 3	Bewertung Auswahl- gespräch, Abs. 3 Nr. 5
				zentralen Anteilen mit diesen Themenbereichen beschäftigt										
3	Internationaler Studiengang Palliative Care M. Sc.	SoSe, WiSe		Berufsqualifizierender Abschluss im medizinischen, gesundheits- oder therapiewissenschaftlichen, sozialen, psychologischen oder seelsorgerischen Bereich		Englisch B2		+	60%	40%				
4	Electronics Engineering M. Sc.	SoSe, WiSe	210 ECTS	-	-	Englisch C1	-	werden nicht vorausgesetzt	60 %	30 %	-	-	10 %	-
4	Engineering and Management of Space Systems M.Sc. ⁶	SoSe	210 ECTS	Systems Engineering, Computer Science, Space Technologies, Electronics Engineering		Englisch B2		werden nicht vorausgesetzt	60 %	30 %		10 %		
4	Informatik M. Sc.	SoSe, WiSe	210 ECTS	-	-	-	-	+	100 %	-	-	-	-	-
5/M	Aerospace Technologies M. Sc.	SoSe	210 ECTS	Ingenieurstudium, vorzugsweise Luft- und Raumfahrttechnik	-	Englisch B2	mindestens 18-wöchige einschlägige berufliche Praxis, auch Praktikum (Praxissemester, Praxisphase)	+	60 %	40 %	-	-	-	-
5/M	Energietechnik M. Sc.	WiSe, SoSe	210 ECTS	Studienanteile in den Bereichen Elektrotechnik und Energietechnik, Maschinenbau oder Produktionstechnik	-	-		+	60 %	40 %	-	-	-	-
5/M	Maschinenbau M. Eng.	WiSe, SoSe	210 ECTS	Studienanteile in den Bereichen Fertigungstechnik, Infor-	-	-		+	60 %	40 %	-	-	-	-

Fk./ Abt.	Masterstudiengang	Beginn	Zugangsvoraussetzungen, § 2 (Minstdurchschnittsnote von 2,5 (§ 2 Absatz 1) ^{1,2,2a} , Einschlägigkeit des Erststudiums (§ 2 Absatz 2))					Auswahlkriterien einschließlich Gewichtung, § 4						
			Umfang Erststudium, Abs. 1	Ergänzungen zur Einschlägigkeit des Erststudiums, Abs. 2	Fachinhalte Erststudium, Abs. 3 Nr. 1	Fremd- sprachen- kenntnisse, Abs. 3 Nr. 2	berufspraktische Tätigkeit, Abs. 3 Nr. 3	deutsche Sprach- kenntnisse, Abs. 4	Durch- schnittsnote Erststudium, Abs. 2, 3	Einschlägig- keit Erst- studium, Abs. 2	Fachinhalte Erststudium (Umfang, Qualität), Abs. 3 Nr. 1	Niveau Fremd- sprachen, Abs. 3 Nr. 2	berufsprak- tische Tätigkeit (Umfang, Qualität), Abs. 3 Nr. 3	Bewertung Auswahl- gespräch, Abs. 3 Nr. 5
				matik, Ingenieur- mathematik, Mechanik, Konstruktion und CAD, technische Physik, Thermodynamik, Werkstoffkunde										
5/S	Bionik / Mobile Systeme M. Sc.	SoSe, WiSe	210 ECTS	Studienanteile in den Bereichen Biologie, Bionik, Informatik, Mechanik, technische Physik, CAD, FEM z. B. erworben in Studium der Biologie, Bionik, Physik, Mechatronik, Strömungsmechanik, Werkstofftechnik o. des Maschinenbaus	-	-	-	+	60 %	40 %	-	-	-	-
5/S	Internationaler Studiengang Technische und Angewandte Biologie M. Sc.	SoSe, WiSe	210 ECTS	Biologie, Biochemie, Biotechnologie, Öko- logie oder fach- verwandter Studiengang mit biologischem Bezug	-	Englisch B2	-	+	60 %	40 %	-	-	-	-
5/S	Schiffbau und Meerestechnik M. Eng.	SoSe, WiSe	210 ECTS	Studienanteile in den Bereichen Mathematik, technische Physik, Mechanik, Informatik, CAD, Schiffshydrostatik, -hydrodynamik, -kon- struktion, -entwurf	-	Englisch B2	-		60 %	40 %	-	-	-	-

¹ Für den Masterstudiengang Architektur / Environmental Design gilt ergänzend die Regelung in § 2 Absatz 5 mit der Maßgabe, dass die Bewerberinnen und Bewerber mindestens eine Durchschnittsnote von 2,8 und eine neunmonatige qualifizierte berufliche Praxis nachweisen müssen.

² Für den Masterstudiengang Bauen und Umwelt (Infrastruktur) gilt ergänzend die Regelung in § 2 Absatz 5 mit der Maßgabe, dass die Bewerberinnen und Bewerber eine mindestens einjährige qualifizierte berufliche Praxis in einem Tätigkeitsfeld des Bauingenieurwesens oder des Umweltingenieurwesens nachweisen müssen. Für den Masterstudiengang Schiffbau und Meerestechnik gilt ergänzend die Regelung in § 2 Absatz 5 mit der Maßgabe, dass die Bewerberinnen und Bewerber eine mindestens neunmonatige qualifizierte berufliche Praxis in einem einschlägigen Tätigkeitsfeld nachweisen müssen.

^{2a} Für den Masterstudiengang Zukunftsfähige Energie- und Umweltsysteme gilt ergänzend die Regelung in § 2 Absatz 5 mit der Maßgabe, dass die Bewerberinnen und Bewerber eine mindestens zweijährige qualifizierte berufliche Praxis in einem Tätigkeitsfeld des Energie- oder Umweltingenieurwesens nachweisen müssen.

- ³ Zur Erfüllung der Anforderung des „UNESCO-UIA validation system“ muss das Erststudium in einem Umfang von 180 Leistungspunkten frei von Praxisanteilen sein. Bewerberinnen und Bewerber, die diese Anforderung nicht erfüllen können, erhalten die Möglichkeit, bis zum Abschluss des Masterstudiums in dem notwendigen Umfang ergänzend studierte Module nachzuweisen; die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses entscheidet.
- ⁴ Die berufliche Praxis ist qualifiziert, wenn sie nach dem ersten berufsqualifizierenden Abschluss und auf dessen Fachgebiet und Niveau ausgeübt wurde.
- ⁵ Daneben wird die Bewertung eines Portfolios (§ 4 Absatz 3 Nr. 4) mit 40 % gewichtet. Das Portfolio umfasst bisherige studiengangbezogene Leistungen, darunter mindestens eine exemplarische benotete Arbeit aus dem Erststudium. Das Portfolio wird von den Hochschullehrer_innen der Auswahlkommission anhand der Kriterien entwerfliche Qualität, gestalterische Qualität und technisch-konstruktive Qualität bewertet. Maßgeblich ist die Qualität, nicht die Quantität der Arbeiten. Den Kriterien kommt gleiches Gewicht zu.
- ⁶ Vorbehaltlich der Genehmigung.